



Bundestags- Brief

Nr. 3 Die Woche im Bundestag 29.09.06



**Prof. Monika
Grütters**

Mitglied des Deutschen
Bundestages

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

www.monika-gruetters.de

Thema der Woche: Muslime in Deutschland Erste ‚Deutsche Islamkonferenz‘ sucht den interkulturellen Dialog

Die unangemessenen Reaktionen auf die Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. und die in dieser Woche geführte Kontroverse um die Absetzung der Mozart-Oper *Idomeneo* vom Spielplan der Deutschen Oper aus Angst vor radikalen Islamisten und möglichen terroristischen Übergriffen haben uns vor Augen geführt, wie schwierig momentan die Gemengelage ist. Wenn, wie im Falle der Papstrede, die Sorge um gewaltbereite Tendenzen im Islam mit offen zur Schau gestellter Gewaltbereitschaft durch Islamisten beantwortet wird, ist das eine beängstigende Bestätigung. Hier sind wir alle aufgefordert, keinen Kniefall vor den Terroristen zu machen. Wir müssen dem Druck und den Drohungen der Radikalen standhalten. Umso erfreulicher ist es, dass sich inzwischen abzeichnet, dass die Mozart-Oper doch noch aufgeführt werden kann. Selbstzensur hilft uns gegenüber gewaltbereiten Menschen, die fanatisiert Gewalt üben wollen, nicht weiter. Es kann und darf nicht sein, dass nur noch die Stücke inszeniert werden, die radikalen Islamisten zusagen.

Klar ist aber auch, dass man die Millionen Muslime in Deutschland nicht alle wegen ein paar vereinzelter Radikalisierter unter Generalverdacht stellen darf. Gleichwohl zeigen die hohen Emotionen, wie nötig gegenseitige Verständigung ist. Die Einberufung der ersten ‚Deutschen Islamkonferenz‘ (DIK) durch den Bundesinnenminister soll daher die Perspektive für den künftigen Dialog mit dem Islam ausleuchten. Es beginnt damit ein langfristiger Dialogprozess zwischen den staatlichen Institutionen und allen wichtigen

Stimmen der mehr als 3,2 Millionen Muslime in Deutschland.

Dieser Dialog ist nicht nur wichtiger Bestandteil einer erfolgreichen Integrationspolitik, er dient auch der Verhinderung und Bekämpfung von Rassismus und Extremismus. Das erklärte Ziel der DIK ist es, eine Übereinkunft zwischen der deutschen Gesellschaft und der muslimischen Bevölkerung Deutschlands herbeizuführen. Beide Seiten sollen sich einvernehmlich zur Einhaltung gesellschafts- und religionspolitischer Grundsätze verpflichten. Im Vordergrund steht die verbindliche Beachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Jeder, der in Deutschland lebt, muss die Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik akzeptieren und respektieren. Toleranz ist keine Einbahnstrasse! Das ist eine Bringschuld aller Menschen, die hier leben wollen.

Neben der deutschen Gesellschaftsordnung und unserem Wertekonsens spielen deshalb in den Beratungen der DIK auch Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis sowie die Brückenfunktion von Wirtschaft und Medien eine wichtige Rolle. Außerdem wird es einen Gesprächskreis „Sicherheit und Islamismus“ geben. Dieser soll sich mit Fragen der inneren Sicherheit befassen. Ebenso werden islamistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie Maßnahmen zur Prävention islamistischer Gewalttaten erörtert. Es bleibt zu hoffen, dass der gemeinsame Dialog die friedliche Begegnung verschiedener Religionen und Kulturen fördern wird. Vor uns liegt eine große Aufgabe!

Hohe Schutzklauseln für Bulgarien und Rumänien vorgesehen

Die Europäische Kommission hat die letzten Fortschrittsberichte über das Beitrittsverfahren von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union veröffentlicht. Darin wird zwar die Aufnahme beider Staaten empfohlen – allerdings unter bisher beispiellos strikten Auflagen. Die Kommission wird den weiteren Reformprozess in Bulgarien und Rumänien auch während der Mitgliedschaft in einem Monitoringverfahren genau verfolgen. Alle sechs Monate haben beide Länder weiterhin Rechenschaft über den Fortgang der Reformen abzulegen. Für den Fall, dass die Fortschritte unzureichend wären, müssen Bulgarien und Rumänien mit Sanktionen rechnen. Entsprechende „Schutzklauseln“ können den Beitrittsverträgen zufolge drei Jahre lang jederzeit einseitig aktiviert werden. Sie sehen den vorübergehenden Ausschluss aus bestimmten Politikbereichen vor, etwa bei der Zusammenarbeit in der Justiz oder auch die Suspendierung von EU-Subventionen. Besonderen Handlungsbedarf sieht die Kommission noch bei der weiteren Reform des Justizwesens, dem Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen, der Art und Weise, wie EU-Gelder verwendet werden, sowie der Lebensmittelsicherheit. Bis Ende März 2007 müssen die Länder berichten, ob und wie sie kompetente und unabhängige Agenturen zur Subventionsauszahlung eingerichtet haben. Außerdem will die Kommission technische Maßnahmen ergreifen, um die Einfuhr unsicherer Lebensmittel zu vermeiden.

Der Beitrittsprozess von Bulgarien und Rumänien ist alles andere als glücklich verlaufen. Diese Erfahrung hat uns verdeutlicht, dass die Aufnahmekapazität der EU nunmehr erschöpft ist und neue Formen der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit die Reichweite der EU in Zukunft ergänzen müssen.

Einführung des Elterngeldes

In zweiter und dritter Lesung wurde das Gesetz zur Einführung des Elterngeldes vom Bundestag verabschiedet. Damit werden die familienpolitischen Leistungen neu ausgerichtet, um den veränderten Lebensentwürfen von Frauen und Männern gerecht zu

werden, den Menschen Mut zu mehr Kindern zu machen und einen Beitrag zur Sicherung ihrer Zukunft zu leisten.

Gesundheitsreform

– Sorgfalt geht vor Schnelligkeit

Die anhaltenden Diskussionen bei der Umsetzung der Gesundheitsreform haben in der Bevölkerung zu Irritationen und Unsicherheit geführt. Auch wenn der Wunsch verständlich ist, jetzt endlich zu einer Lösung zu kommen, brauchen wir für eine tragfähige und praktikable Reform noch Zeit. Oberstes Gebot ist dabei, dass keine Leistung für die Versicherten gestrichen wird. Bei früheren Reformen ist es immer zu Einschränkungen des Leistungskatalogs gekommen. Die Last darf diesmal nicht von den Kranken getragen werden. Mit einer Vielzahl von neuen Möglichkeiten wird dagegen der Wettbewerb im Gesundheitssystem gestärkt. Hausarzttarife, Selbstbehalttarife und Kostenerstattungstarife werden für einen größeren Kreis von Versicherten ermöglicht. Die Krankenkassen werden direkt Verträge mit Arzneimittel-Herstellern abschließen können. Sorgfalt geht hier vor Schnelligkeit. Wir kommen Stück für Stück voran und erarbeiten – allen Unkenrufen zum Trotz – aus den Eckpunkten ein gutes Gesetz.

Trauer um die Opfer des Transrapid-Unglücks

Am vergangenen Freitag sind 23 Menschen bei einem Unfall auf der Transrapidstrecke im Emsland zu Tode gekommen. 10 Menschen überlebten schwer verletzt. Die Magnetschwebebahn war durch menschliches Versagen und einer Verkettung unglücklicher Umstände in einen Werkstattwagen gerast. Wir alle haben die Meldung dieses Unglücks mit Bestürzung aufgenommen. Wir trauern um die Verstorbenen. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer.

Zitat

„Wir müssen weiter daran arbeiten, unsere Welt auch mit Hilfe der Technik menschlicher und sicherer zu machen – auch im Wissen um die Fehlbarkeit und die Begrenztheit des Menschen.“ (Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) bei der Trauerfeier für die Opfer des Transrapid-Unglücks)

